

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Deutsche an einem Tisch: Eindrücke auf der Leipziger Frühjahrs-Messe

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1951) : Deutsche an einem Tisch: Eindrücke auf der Leipziger Frühjahrs-Messe, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 3, pp. 11-12

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131270>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Werbung überbrückt Ländergrenzen

HAMBURG LÄDT EIN — ZUM REKLAME-KONGRESS 1951



16. MAI
BIS
19. MAI

ANFRAGEN:
HAMBURG I
BALLINDAMM 25

Beteiligung nur dann Sinn haben könne, wenn man eine Lösung der Probleme in allen beteiligten Ländern gleichmäßig anstrebe. Das Komitee akzeptierte daraufhin, nicht nur die Frage der Wirtschaftlichkeit des Transportes in Rechnung zu ziehen.

Die geplante Absicht, Investitionskredite für große Transportaufgaben durch diese Behörde zu schaffen, weist auf eine weitere

Problematik hin: Die Finanzierung großer Projekte erfordert gerade die Abwägung zwischen Investitionsaufgaben verschiedener Wirtschaftszweige nach zentralen Gesichtspunkten, während die Transportbehörde naturgemäß nur den ihrigen vertreten kann.

Die weitere Entwicklung dieser Besprechungen des Vertragsentwurfs wird weitgehend von der Realisierung des Schumanplanes abhängen.

An ihm wird sich zeigen, ob die Beteiligten eine gleichberechtigte Zusammenlegung ihrer Wirtschaftskräfte mit dem Ziel einer dauernden Vergrößerung und Verbesserung aller Produktionsfakten anstreben oder ob im Schumanplan restriktive Maßnahmen eine Rolle spielen. Nur wenn das Erstere der Fall ist, wird es möglich sein, die Transportbehörde Wirklichkeit werden zu lassen. (kb)

Deutsche an einem Tisch

Eindrücke auf der Leipziger Frühjahrs-Messe

Wer einen Messebericht über Aussteller, Besucher und Abschlüsse erwartet, verkennt den gewandelten Charakter der Leipziger Messe. Gewiß kommen Abschlüsse zustande, aber das ist nicht das Ausschlaggebende. Die Messe ist eine Ausstellung, eine sog. „Leistungsschau“ der ostdeutschen Zone und der Volksdemokratien. Diesem Wandel des Charakters vom Kommerziellen zum Staatswirtschaftlichen entspricht auch die Betonung der politischen Devise. Und noch ist der Name der Leipziger Messe ein Aushängeschild, das die wirtschaftlichen Kreise der ganzen Welt anzuziehen vermag. So ist die Leipziger Messe heute zu einem Forum weltwirtschaftlicher Diskussion geworden, auf dem sich zwei Welten treffen. Diese Chance ist bei der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse bis ins Letzte ausgenutzt worden, um eine Demonstration der deutschen Einheit zu starten.

Gesehen mit den Augen des westdeutschen Besuchers hat es nur zu leicht den Anschein, als ob die Frage der deutschen Einheit eine ostdeutsche Angelegenheit geworden sei, und das ist zweifellos das, was in der Absicht der ostdeutschen Zonenregierung und ihrer Souffleure gelegen haben mag. Mit welchem Ernst die politische Aufgabe dieser Demonstration verfolgt wurde, beweist das Aufgebot der hohen Funktionäre, das zu diesem Zweck entsandt worden war.

Wir wollen gern einräumen, daß das Entgegenkommen der offiziellen Ostzonensprecher dem Wortlaut nach nicht gering war: man konzidierte für die deutsche Einheit allgemeine und geheime Wahlen, man konzidierte öffentliche Wahlreden der Parteiführer in dem gesamtdeutschen Gebiet, man konzidierte die Möglichkeit eines Nebeneinander von sozialistischer und marktwirtschaftlicher Ordnung. Nur bei der Definition der Begriffe war man sich nicht ganz einig. Darin liegt überhaupt das Bedenkliche, daß man zwei

verschiedene Sprachen spricht. Man hat uns ferner das Angebot gemacht, ohne Bedingungen in die gesamtdeutschen Verhandlungen einzutreten. Aber diese offiziellen Angebote konnten nicht überzeugen. Warum?

Wir Westdeutschen räumen gern ein, daß wir kein souveräner Staat sind und daß unsere Handlungsfreiheit ihre Grenzen hat. Wir hätten eine gleichlautende Erklärung der ostdeutschen Regierung gern zur Kenntnis genommen. Es hat uns befremdet zu hören, daß die Deutsche Demokratische Republik in ihren Entschlüssen souverän sei, daß sie keine Besatzungsmacht mehr kenne und lediglich einer Kontrollkommission unterstände. Wir haben es sehr begrüßt, daß Herr Ulbricht die Meinung zum Ausdruck brachte, daß wir Deutsche uns ohne Schwierigkeiten über alle Fragen einigen könnten, wenn nicht amerikanische, englische und französische Kommissare uns bevormundeten. Es hat uns aber befremdet, daß in diesem Zusammenhang nicht auch die vierte Macht Erwähnung fand, die doch in anderen Zusammenhängen nie übergangen wird.

Wenn unsere Außenhandelsgeschäfte mit dem Westblock, besonders natürlich das berüchtigte Kohlen-geschäft, von den ostzonalen Vertretern bitterer Kritik unterworfen werden, so würde eine etwas größere Offenlegung des ostzonalen Außenhandels sicher auch uns reiches Material für eine kritische Behandlung bieten. Man darf den westdeutschen Hörern nicht verübeln, wenn sie zwischen den zarten Andeutungen über die „nicht-kapitalistische Bewertung“ des Warenaustausches und den devoten Dankbarkeitsbezeugungen über die Bereitwilligkeit der Volksdemokratien zur Lieferung der „ach so wertvollen Rohstoffe“ eine Bemäntelung der wahrscheinlich recht ungünstigen Bewertung der in der Ostzone geleisteten Veredelungsarbeit heraushören. Überhaupt kann die zunehmende Anwendung der in den Volksdemokratien gebräuch-

lichen Methoden statistischer Berichterstattung das Vertrauen des Westdeutschen in das ostdeutsche Wirtschaftssystem nicht erhöhen. Es ist nicht glaubwürdig, daß die Angabe absoluter Zahlen unterbleibt, um den Westalliierten nicht die Möglichkeit von Gegenzügen zu geben. Denn der erfahrene Statistiker weiß, daß es in Anbetracht der zurückliegenden Berichtszeit und der globalen Gruppenbildung kaum möglich ist, selbst aus der vollständigsten Statistik die Initiative zum wirtschaftspolitischen Handeln zu gewinnen. Die offiziellen Geigen waren eben noch nicht so sauber aufeinander abgestimmt, um nicht die energische Hand des Dirigenten spüren zu lassen. Wenn die Ostzonenregierung sich entschließen könnte, das Ausmaß des auf der Ostzonenwirtschaft liegenden Druckes einzugestehen und die nicht zu ihren Lasten gehenden Erschwernisse, unter denen sie zu arbeiten gezwungen ist, zuzugeben, so könnte sie auf einen nicht geringen Achtungserfolg Anspruch erheben über das, was durch die verbissene Anstrengung der arbeitenden Bevölkerung trotz aller widerwärtigen Umstände erreicht worden ist.

An der Ehrlichkeit der offiziellen Ostzonenregierungen, die Einheit Deutschlands anzustreben, darf nicht gezweifelt werden, und es kann unterstellt werden, daß dieses Streben auch die Billigung der „Kontrollmacht“ findet. Eine andere Frage ist es jedoch, ob die propagierte Bedingungslosigkeit, unter der die gemeinsamen Verhandlungen stattfinden sollen, ganz ohne Hintergedanken ist. Man kann sich nicht ganz des Eindrucks erwehren, daß man im stillen mit der „Überzeugungskraft“ eines kleinen, aber gut geschulten Kadres rechnet, dem es gelingen könnte, die öffentliche Meinung in beiden Zonen zu „bilden“, wenn die Besatzungsmächte nicht mehr die Methoden der Meinungsbildung überprüfen. Andererseits ist es natürlich eine Schwäche, die man uns zum Vorwurf machen könnte, uns im Schutze der Besatzungsmächte um die innere soziale und politische Auseinandersetzung zu drücken. Aber bevor in diese innere Auseinandersetzung eingetreten werden kann, muß sichergestellt sein, daß sie in fairer Weise erfolgt und daß sie nicht den Bestand des Einheitsstaates in Frage stellt oder die Wiedergewinnung der Souveränität erst recht gefährdet. Insofern ist die Vorsicht, mit der die Bundesregierung an die Aufnahme eines Interzonengesprächs herangeht, durchaus verständlich. Es ist nur die Frage, ob der Weg richtig ist und ob durch die zur *conditio sine qua non* erhobene Forderung nach allgemeinen und geheimen Wahlen nicht gerade das heraufbeschworen wird, was unter allen Umständen vermieden werden muß: ein Verbluten in parteipolitischen und dogmatischen Zänkereien — wenn nicht gar noch mehr.

Es ist also kein Wunder, daß die offizielle Demonstration der ostdeutschen Regierung nicht überzeugen konnte. Mit diesem Pessimismus sind wir aber nicht aus Leipzig weggefahren. Wir hatten Gelegenheit, am kleinen Tisch mit Berufskollegen zu sprechen, die von der gleichen Überzeugung wie wir besessen waren,

daß die Einheit des deutschen Staates ungeachtet aller ideologischen Gegensätze gerettet werden sollte. Es gibt auf verwaltungstechnischem Gebiet eine Unzahl Möglichkeiten, um den Einheitsstaat zu dokumentieren und zu verwirklichen. Ich darf hier an den im Januar-Heft unserer Zeitschrift veröffentlichten Vorschlag der Errichtung von Sachverständigen-Beiräten auf Grund des Potsdamer Abkommens erinnern oder an die an anderer Stelle angeregte Errichtung von Treuhandstellen für den Interzonenhandel. So wie der Deutsche Normenausschuß in Berlin immer noch interzonal für ganz Deutschland tätig ist, muß sich die Zusammenarbeit auch auf einer ganzen Reihe anderer Gebiete ohne vorherige ideologische Auseinandersetzung wieder aufnehmen lassen. Wir denken da z. B. an die Dokumentationsarbeit im Fachschrifttum, in gleicher Weise müßte es auch möglich sein, die Deutsche Bücherei in Leipzig wieder offiziell zur Sammelstelle deutschen Schrifttums zu machen, wenn sichergestellt ist, daß die bibliographische Aufnahme wirklich vollständig erfolgt und in der Durchführung des Leihverkehrs keine Hindernisse entstehen.

Einen ganz deutlichen Schritt vorwärts würde es natürlich bedeuten, wenn die technische Verwaltung so zentraler Gebiete wie Eisenbahn und Post wieder von einem gemeinsamen Gremium übernommen werden könnte. Zwischen diesen Aufgabengebieten liegen eine Unzahl mehr oder weniger bedeutsamer Funktionen, die geradezu nach einer gemeinsamen Regelung schreien. Es muß nur an irgendeiner Stelle angefangen werden, und die Arbeit der dafür ausgewählten Fachgremien muß unter Duldung und Förderung beider Zonenregierungen vorsichgehen. An dieser Stelle möchte ich auch die Bitte unserer ostzonalen Berufskollegen vortragen, es wenigstens einer kleinen Gruppe von Fachjournalisten beiderseitig zu ermöglichen, das ganze deutsche Staatsgebiet ohne Behinderung durch Zonenkontrollen besuchen zu können. Wir waren uns dabei im klaren, daß das Schwergewicht dieser Besuche auf der Fühlungnahme von Mensch zu Mensch liegen müsse und daß vermieden werden muß, diese Erleichterung durch pointierte Besichtigungswünsche strategischer Industrieanlagen in Frage zu stellen. Die Bedeutung eines solchen gegenseitigen Entgegenkommens dürfte vor allem darin liegen, daß hiermit ein Anfang gemacht wird, die fast hermetische Zonenabschließung zu durchbrechen.

Diese kleinen Schritte im Konkreten dünken uns viel wichtiger als Auseinandersetzungen im Grundsätzlichen, die zu keinem Ergebnis führen. Wenn auf diesen verwaltungstechnischen Gebieten eine genügend breite Basis geschaffen worden ist, die den Bestand eines Einheitsstaates sicherstellt, wird auch mit Ruhe und Überlegung an die soziale und politische Auseinandersetzung herangegangen werden können, um eine Sozial- und Wirtschaftsordnung zu verwirklichen, die den menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten unseres Raumes entspricht.

Lothar Berghändler

Bezugspreise für den WIRTSCHAFTSDIENST: Einzelpreis: DM 3,50, vierteljährlich DM 10,—, mit Beilage „Weltkartei der Wirtschaftspresse“ vierteljährlich DM 36,— oder mit „Bibliographie der Weltpresse“ vierteljährlich DM 36,—. Zu beziehen direkt vom Verlag Weltarchiv Hamburg 36, Poststr. 11, od. durch den Buchhandel